

Kontroversen austragen, Herausforderungen annehmen, Migration gestalten

Prisca Patenge

1 HERAUSFORDERUNGEN DER MIGRATIONSPOLITIK

Spätestens seit 2015 bieten die Themen Flucht und Migration in Deutschland und Europa Anlass zu einer Vielzahl emotionaler Reaktionen. Euphorie und Angst, Zuversicht und die Erwartung eines drohenden Untergangs prägen die Debatten rund um Frage „wie wir das schaffen sollen“¹. Auch eine bildhafte Rede von „Flüchtlingsströmen“, die das Land „überschwemmen“, schürt Ängste und trägt dazu bei, dass die Themen Flucht und Migration in Deutschland und Europa zunehmend in polarisierten gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen diskutiert werden.²

Inzwischen ist die Zahl derjenigen, denen die Flucht bis nach Deutschland gelingt, gegenüber den Jahren 2015 und 2016 gesunken. Deshalb werden auch mangels Brisanz die wichtigen und kontroversen Verständigungsdiskurse, wie zukünftig mit (vielen) Geflüchteten umgegangen werden soll, – mal wieder – aufgeschoben, auch wenn die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen noch lange nicht erfolgt ist. Damit einhergehend verändert sich der Fokus der öffentlichen Debatten. Stärker steht nun die Frage nach gelungener Integration in deren Mittelpunkt. Dennoch hat sich die Qualität der oftmals hoch emotional geführten Kontroversen nicht verändert. Die einen sehen in den Geflüchteten eine Chance, die anderen in ihnen den Untergang Europas. Beispielhaft sei ein Zitat des libanesisch-französischen Schriftstellers Amin Maaloof angeführt, der den „Kampf

¹ Vgl. Heße, *Kein Grund zur Schreckstarre*, 6.

² Vgl. Polak, *Flucht und Migration als Chance*, 204.

um die Immigranten“ als den „entscheidenden Kampf unserer Epoche“ charakterisiert:

„Entweder können wir in diesem Jahrhundert eine gemeinsame Zivilisation aufbauen, mit der jeder sich identifizieren kann, die von denselben universellen Werten zusammengehalten, von einem kraftvollen Glauben an das Abenteuer Menschheit geleitet und durch all unsere kulturellen Unterschiede bereichert wird, oder wir gehen alle in einer gemeinsamen Barbarei unter.“³

Die weiterhin bestehende Emotionalität, mit der diese Debatten teilweise geführt werden, macht es schwer, mit dem „nüchternen Blick“ der Wissenschaften auf die Gegenwart und Zukunft zu blicken und realistische politische Konzepte zu entwickeln.⁴ Dennoch scheint jetzt der geeignete Zeitpunkt zu sein, die laufenden Debatten mit Analysen des nun vorliegenden Datenmaterials zu Asylbewerberzahlen, Integration, Kriminalität und anderem zu unterfüttern, gerade wenn Kontroversen bislang eher auf vage Spekulationen als auf valide Datengrundlagen zurückgreifen mussten. Auch die rasche und vielfältige Unterstützung mit Zuschüssen zu dieser Publikation ist ein Indiz, dass in zahlreichen Institutionen weiterhin der Bedarf an sachlich fundierten und sozialetischen Analysen besteht.

Innerhalb dieser Debatten müssen sozialetische Beiträge nicht nur die politische Dimension beachten, sondern auch die Kirche mit ihrer Positionierung und als (vielfältigen) Akteur mitreflektieren. Denn im Kontext von Flucht, Migration und Integration ergeht immer auch eine Anfrage an die Kirchen, wie der Umgang mit den gegenwärtigen Herausforderungen vor dem christlich-ethischen Hintergrund zu bewältigen sei – gerade auch vor dem Hintergrund der interreligiösen Herausforderungen, die sich mit der (auf niedrigem Niveau) zunehmenden Zahl muslimischer Migranten und Flüchtlinge ergeben (können). Im Fokus stehen Fragen nach Gerechtigkeit und dem Zusammenleben in ethnischer, kultureller, religiöser und sozialer Pluralität und Diversität. Erzbischof Stefan Heße, der Flüchtlingsbeauftragte der Deutschen Bischofskonferenz, formuliert es so:

„Letztlich geht es um ein Spannungsverhältnis, das für die Kirche seit jeher bedeutsam ist: Wie lassen sich Vielfalt und Einheit miteinander in Einklang bringen? Wie viel Verbindliches und Verbindendes ist notwendig, damit eine Gemeinschaft entstehen und aufrechterhalten werden kann? Wann gefährdet das Streben nach Zusammenhalt die Freiheitsrechte und Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen?“⁵

³ Maalouf, *Die Auflösung der Weltordnungen*, 27.

⁴ Vgl. Orth, *Islamisch-Christlicher Dialog: Migration aus theologischer Perspektive*, 11.

⁵ Vgl. Heße, *Kein Grund zur Schreckstarre*, 6.

Doch um nicht bei solch abstrakten Fragestellungen stehen zu bleiben, bedarf es der Ansätze für konkrete Handlungsmöglichkeiten; und diese bedürfen wiederum einer belastbaren ethischen Grundlage. Eine Quelle der Beiträge für die Veröffentlichung dieses Sammelbandes ist die vom 5. bis 7. September 2016 durchgeführte Tagung des „Forum Sozialethik“, die unter dem Titel „Flucht – Zuwanderung – Integration. Multidisziplinäre und normative Vergewisserungen zu Herausforderungen der Migration“ stand. Diese Tagungsreihe mit Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern wird von der Kommende Dortmund, Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn getragen; die Inhalte der Veranstaltungen werden von wechselnden Teams junger Sozialethikerinnen und Sozialethiker eigenständig vorbereitet und gestaltet. Im Nachklang dieser Tagung luden die Verantwortlichen für die Tagung weitere Autorinnen und Autoren ein, um die entwickelte Konzeption des Bandes einzulösen und wesentliche Streitpunkte mit zusätzlichen Beiträgen aus unterschiedlichen Disziplinen zu bearbeiten.

Der so entstandene Sammelband stellt einen Beitrag zu den Debatten im Kontext der Migrationspolitik dar. In drei Abschnitten decken die einzelnen Artikel aus interdisziplinärer Perspektive die Kontroversen rund um die Fragen nach „Zuflucht“, „Zusammenleben“ und „Zugehörigkeit“ auf. Sie analysieren diese, indem sie die grundlegenden Fakten aus Studien und Erhebungen aufbereiten, sozialethische Bewertungsmaßstäbe entwickeln und die Bewertungen in größere Diskurse einbetten.

2 BEITRÄGE IM KAPITEL „FLUCHT GESTALTEN?“

Im ersten Teil widmen sich die Autoren und Autorinnen aus philosophischer, juristischer, sozial- und medienethischer Sicht dem Fragekomplex, wie „*Flucht gestaltet*“ werden kann und soll.

Unter dem Titel „Zwischen offenen Grenzen oder Obergrenzen. Moralphilosophische Argumente, völkerrechtliche Normierungen, politische Verantwortung“ macht sich die Philosophin *Katia Neuhoff* dafür stark, dass die Frage der gesellschaftlichen Verantwortung für Geflüchtete und Migrantinnen nicht alleine aus der Perspektive der Politik beantwortet werden kann, sondern auch die Moralphilosophie gehört werden müsse. Dabei zeigt sie unter Rückgriff auf Joseph Carens auf, dass aus ethischer Perspektive Pflichten gegenüber unterschiedli-

chen zuwanderungswilligen Personengruppen begründet werden können. Diese Vorschläge werden von der politischen Realität aber bisher nicht eingeholt. Daher formuliert und begründet sie nicht nur diese Ansprüche, sondern analysiert auch die politische Zurückhaltung bei deren Einlösung.

Auch der Jurist *Hendrik Cremer* reflektiert in seinem Beitrag „Das Menschenrecht auf Asyl“ eine Diskrepanz – und zwar zwischen dem Anspruch eines gemeinsamen europäischen Flüchtlingsrechts und der tatsächlichen Praxis. Ausgehend von aktuellen Statistiken zeigt er auf, dass eine Regulierung der Flüchtlingszahlen nicht im Einklang mit den (menschen-)rechtlichen Grundlagen steht. Gleichwohl er eine Spannung zwischen dem Interesse der aufnehmenden Staaten nach Regulierung und dem Schutzbedürfnis der Flüchtlinge sieht, plädiert er dafür, dass diese nicht zu Ungunsten der Flüchtlinge aufgelöst werden.

Werden in diesen beiden Beiträgen die Herausforderungen durch die in Europa anwesenden Flüchtlinge diskutiert, eröffnet der Sozialethiker *Andreas Fisch* in seinem Beitrag „Über Entwicklung zur Eindämmung der Fluchtgründe? Einschätzungen zum *Marshallplan mit Afrika* und seinen Alternativen“ die Diskussion um die Bewertung der bereits erfolgten und noch kommenden Maßnahmen zur Reduktion der Flüchtlingszahlen. Fisch hinterfragt die These, dass Entwicklungszusammenarbeit der Königsweg zur langfristigen Reduktion der Flüchtlingszahlen sei. Dafür analysiert er einerseits Wirkungen und Folgen der Entwicklungszusammenarbeit und prüft alternative Strategien einer Verhinderung von Zwangsmigration. Einige empirische Zusammenhänge der Migrations- und Entwicklungsforschung weisen auf, dass eine Entwicklungszusammenarbeit, die vorrangig auf Armutsbekämpfung und Arbeitsplatzschaffung setzt, nicht als Königsweg anzusehen ist. Bestärkt wird dieses Ergebnis dadurch, dass seit langem Kriege und Konfliktlagen in der Welt Hauptursachen für erzwungene Flucht sind. Vor diesem Hintergrund bedenkt Fisch, wie Entwicklungszusammenarbeit und zahlreiche andere Politikfelder angesichts einer übergeordneten Krisenprävention verändert werden müssten.

An diese Diagnose schließt die Sozialethikerin *Annett Mutke* in ihrem Artikel „Fluchtursache inkonsequente Außenpolitik?“ direkt an. Sie untersucht den Anteil westlicher Demokratien an Fluchtursachen. Anhand der humanitären Intervention gemäß der *Responsibility to Protect*-Richtlinie der Vereinten Nationen in Libyen zeigt sie auf, dass diese häufig nicht allein dadurch motiviert sind, schwere Menschen-

rechtsverletzungen zu verhindern bzw. zu beenden, sondern auch ideologische Hintergründe haben. Zur Untermauerung ihrer These greift sie dabei auf die Arbeiten der Philosophin Rahel Jaeggi zu Ideologie und Ideologiekritik zurück. Als ideologischen Rahmen dieser Intervention identifiziert Mutke zunächst den Habitus westlicher Demokratien mittels solcher Interventionen zugleich auch das westliche Demokratieverständnis etablieren zu wollen; anschließend geht sie den praktischen Folgen dieses Ideologie-Rahmens nach, der in Libyen zu weiterer Destabilität geführt und dieses Land zum größten Transitland für Flüchtlinge hat werden lassen.

Die Politologin *Judith Kopp* ergänzt in ihrem Beitrag „Flucht(ur)sachen)bekämpfung im Kontext der Krise des europäischen Grenzregimes 2015“ die beiden vorigen Beiträge um eine weitere Perspektive. Sie zeigt auf, dass der zentrale Lösungsansatz der EU für die Flüchtlingsproblematik – Bekämpfung irregulärer Migration und entwicklungspolitische Maßnahmen zur Reduzierung von Fluchtursachen – letztlich zwei Seiten einer Medaille sind. Kopp's Analyse verdeutlicht, dass beide Aspekte im Dienst einer hegemonialen Migrationskontrollpolitik stehen, die das bestehende Nord-Süd-Verhältnis weiter festigen und eine Lebensweise im globalen Norden fördern, die zu Lasten der Menschen im globalen Süden geht. Exemplarisch zeige sich dieser herrschaftliche Diskurs u. a. an der Debatte um eine nutzenorientierten Migrationszulassung der aufnehmenden Länder. Eine erfolgreiche Bekämpfung der Fluchtursachen müsse nach Kopp einen Schritt weitergehen und überkommenes imperiales Denken überwinden, nach der eigenen Verwobenheit fragen und schließlich im Dienst einer gerechteren Wirtschaftsordnung stehen.

Nach der Rolle der Massenmedien in der Wahrnehmung der Krise um Flucht und Migration fragt der Soziologe *Korbinian Zander*. Denn die Medien beeinflussen empfindlich die Diskurse um die mögliche Gestaltung von Flucht und Aufnahme von Geflüchteten sowie um politische Handlungsspielräume. Sein Ausgangspunkt ist die Differenz der Krisenrhetorik der Massenmedien im Gegensatz zu den Alltagserfahrungen vieler Menschen. So ist beispielsweise schon das Wort Flüchtlingskrise doppeldeutig, da es eine existenzielle und humanitäre Krise der Flüchtlinge und/oder eine Krise europäischer und nationaler Flüchtlingspolitik umschreiben kann. Daher analysiert er die europäische Krisenwahrnehmung mit besonderem Fokus auf den Einfluss der Massenmedien auf die Art und Weise unserer Wahrnehmungskonstruktionen. Aus ethischer Perspektive ist dabei interessant,

wie Medien auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam machen und dadurch selbst Gesellschaften und ihre Reaktionen auf Geflüchtete gestalten und verändern. Diese medialen Möglichkeiten stellen dabei insbesondere die Medienethik vor neuen Herausforderungen.

3 BEITRÄGE IM KAPITEL „GELINGENDE INTEGRATION?“

Der zweite Teil dieses Sammelbandes geht auf die Frage ein, wie Integration gelingen kann. Autorinnen und Autoren aus unterschiedlichen Disziplinen versuchen diese Frage zu beantworten, indem sie teils auf empirische Erhebungen zurückgreifen und teils religionspraktische und sozialetische Perspektiven eröffnen.

Die Bedürfnisse der Geflüchteten stehen im Zentrum des Beitrags der Politikwissenschaftlerin *Andrea Borkowski*. Auf Basis der in Erlangen durchgeführten qualitativen Studie „Was Flüchtlinge brauchen – ein Win-Win-Projekt“ stellt Borkowski den Bedarf geflüchteter Menschen dar und fragt, ob sich die vielfältigen Angebote mit diesen Bedarfen decken. Dabei zeigt sich, dass im Zentrum aller Bemühungen vor allem das Empowerment von Geflüchteten stehen sollte. Dazu zeigen die Studienergebnisse, dass es einer engen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und der Geflüchteten bedarf, damit Integration gelingen kann.

Ausgehend von der These, dass Religionszugehörigkeit ein zentrales Element menschlicher Identität ist, fragt die Religionswissenschaftlerin *Elisabeth Zissler* nach der Rolle von Religionen und dem interreligiösen Dialog im Kontext von Migration und Integration. Auch scheinbar säkulare Gesellschaften können nach Zissler nicht über das integrative Potenzial von Religionen hinwegsehen. Dieses Potenzial kann sich aber nur dann entfalten, wenn Religionen ihrerseits lernen mit Pluralität umzugehen, da Pluralismusfähigkeit für ein gelingendes Miteinander unerlässlich ist. Einerseits sieht sie daher theologisch-qualifizierte Menschen in der Pflicht, solche Dialoginitiativen anzustoßen, andererseits aber stehen auch die jeweiligen offiziellen Repräsentanten der Religionen in der Verantwortung. Gerade diese könnten durch ihre Vorbildfunktion wertvolle Impulse für ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben setzen.

Die Frage nach gelungener Integration versucht der Soziologe *Michael Wolff* dadurch zu beantworten, indem er im Rückblick die Lebenssituation älterer Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

miteinander vergleicht. Mit diesem Vergleich sollen sowohl die Erfahrungen gelungener Integrationspolitik hervorgehoben als auch die Schwächen vergangener politischer Entscheidungen aufgezeigt werden. Dazu untersucht Wolff die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe älterer Menschen anhand der Kriterien Einkommen und Vermögen, Gesundheitssituation und Zugang zum Gesundheitssystem, sowie Wohnsituation und Wohnumfeld. Trotz der von Wolff konstatierten relativ gut gelungenen Integration älterer Menschen, zeigt er auch Handlungsoptionen auf, um vorhandene Benachteiligungen auszugleichen.

Mit den in der Öffentlichkeit oftmals antizipierten negativen Auswirkungen der Einwanderung setzen sich die nächsten beiden Beiträge auseinander. Nicht erst seit den sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht 2015/2016 hat der große Zuzug von Flüchtenden bei vielen Menschen ein Gefühl der Unsicherheit ausgelöst. Basierend auf neuen Forschungsergebnissen und aktuellen Kriminalstatistiken beschäftigt sich der Kriminalwissenschaftler *Christian Walburg* daher u. a. mit der Frage, ob und inwiefern Zuwanderer und insbesondere Flüchtlinge die gesellschaftliche Sicherheitslage beeinflussen bzw. ob Zuwanderung und die vermehrte Flüchtlingsaufnahme relativ zu mehr Kriminalität führt. Auch wenn in der Regel Flüchtlinge nicht durch eine erhöhte Kriminalität auffallen, macht Walburg darauf aufmerksam, dass sich für Gesellschaften zahlreiche Herausforderungen stellen, um Straffälligkeit präventiv zu begegnen. Insgesamt erweist sich die Ermöglichung zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben – auch für Migranten und Migrantinnen mit geringer Bleibeperspektive – als ein wirksames Mittel, um ein Abrutschen in die Kriminalität zu verhindern.

Eine weitere Befürchtung, die Einheimische (und hier besonders diejenigen in niedrigen Einkommensgruppen) umtreibt, ist durch die zunehmenden Migrationsbewegungen steigende Konkurrenz um Arbeitsplätze zu erleben. Niedrige Löhne, auch bedingt durch die allgemeine Situation der Globalisierung, tragen zu dieser Sorge ihren Teil bei. Zusammen nehmen der Theologe und Sozialwissenschaftler *Michael Brugger* und der Volkswirt, Theologe und Philosoph *WolfGero Reichert* diese Befürchtungen zum Anlass, nach der realen Konkurrenz im Bereich niedriger sozialer Positionen zu forschen. Zentrale Kriterien sind dabei die ökonomische Situation und die Repräsentation der Interessen dieser Menschen im öffentlichen Raum. Aus dieser Analyse entwickeln Brugger und Reichert abschließend aus sozialetischer

Perspektive Handlungskriterien für kirchliche und zivilgesellschaftliche Akteure, um die Teilhabe einheimischer und zugewanderter Menschen an gesellschaftlichen Prozessen sicherzustellen.

4 BEITRÄGE IM KAPITEL „GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT?“

Im dritten Teil dieses Sammelbandes steht die Frage im Vordergrund wie Gesellschaften organisiert sein müssen bzw. sich selbst organisieren sollen, um Angebote zu gesellschaftlicher Identität zu ermöglichen und Exklusion zu minimieren.

Verändern Muslime die Gesellschaft, so wie wir sie kennen? Wie könnte eine verbindliche Leitkultur für alle in Deutschland Lebenden aussehen? Dürfen Zuwanderer unsere Kultur verändern? Diesen Fragen wendet sich der Sozialethiker *Andreas Fisch* in seinem Beitrag „Gesetzestreue – Verfassungspatriotismus – Leitkultur“ zu. Neben einer Vergewisserung des Demokratieverständnisses mit Wolfgang Böckenförde, Jürgen Habermas’ Verfassungspatriotismus und Norbert Lammerts Konzept einer Leitkultur bietet dieser Beitrag eine Auseinandersetzung mit Stärken und Schwächen der jeweiligen Ansätze. Hinterfragt werden Böckenfördes Postulat der Freiheitlichkeit, die „Blutleere“ von Habermas’ Verfassungspatriotismus und die „diffusen Werten“ von Lammerts Leitkultur am Beispiel der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Fisch fragt, woraufhin eine unbestritten notwendige Verständigung über das Wie des Zusammenlebens nach den jeweiligen Ansätzen hinführen soll.

Der nachfolgende Beitrag weitet die Rede von gesellschaftlicher Identität auf die europäische Ebene aus. Die Rede von der Krise der europäischen Idee oder einer europäischen Identität sind bekannte Topoi gegenwärtiger Debatten, die von rechtspopulistischen Bewegungen häufig als Grundlage für ihr Sprechen von der Notwendigkeit einer Verteidigung eines „christlichen Abendlandes“ missbraucht werden. Innerhalb dieser Debatten bringt der Journalist und Theologe *Lars Schäfers* die Perspektive des französischen Philosophen Rémi Brague ein. Im Rekurs auf Brague identifiziert Schäfers die europäische als exzentrische Identität, die in der römischen Vorstellung von der Aneignung des Fremden ohne dessen Assimilation wurzelt. Dieser Ansatz könne nach Schäfers wertvolle Impulse für die sozialetische Betrachtung von Flucht und Migration liefern, da dieses Identitäts-

narrativ neue Perspektiven für den europäischen Umgang mit Fremden und Fremdheit ermöglicht.

Abschließend untersucht der Theologe *Dominik Ritter* Gastfreundschaft und Willkommenskultur aus ethischer Sicht. Dazu unterscheidet er verschiedene Formen der Gastfreundschaft von einer serviceorientierten bis hin zu einer Gastfreundschaft des geteilten Lebens. Aus verschiedenen ethischen Zugängen – wie Reziprozität, Utilitarismus, Menschenrechte, Kant oder Derrida – und auch aus einem theologisch inspirierten Zugang, im Fremden Gott oder eine Chance zu sehen, entwickelt er Argumente, wie Gastfreundschaft zu leben ist und wie welche Menschen willkommen geheißen werden sollen. Diese ethischen Zugänge sind auf verschiedene Situationen anwendbar, ergeben in ihrer Gesamtheit aber doch einen differenzierten Zugang, der auch mögliche Grenzen der Gastfreundschaft ernst nimmt. Diese grundsätzlichen Überlegungen werden in einem weiteren Schritt auf die gesamte Gesellschaft übertragen. Dies führt zu weiteren Einsichten, *wie* eine Willkommenskultur ausgestaltet sein muss, damit Integration gelingen kann.

5 IM STREITGESPRÄCH AUSGETRAGENE KONTROVERSEN

Eine Besonderheit des Sammelbandes stellen die Streitgespräche dar. Eine Tagung besteht nicht nur aus ihren Beiträgen, sondern lebt auch von den vielen Gesprächen und Diskussionen dazwischen. Eines dieser Gespräche war ein Tischgespräch zwischen Andreas Fisch und Axel Bernd Kunze. Es war der Ausgangspunkt für die über Monate hinweg entstandenen Streitgespräche. Dabei wurde folgendermaßen vorgegangen: Zunächst bekamen die beiden Autoren unter der Gesamtüberschrift „Wie verändert sich Deutschland mit seinen Zuwanderern? Wie sollte es sich verändern? Gegenwartsaufgaben und Zukunftsvisionen für eine Gesellschaft in Bewegung“ gut 40 Fragen mit der Bitte, dort wo es sie 'kitzelt', etwas zu schreiben bzw. fehlende Fragen zu ergänzen. Danach wurde in einer zweiten Phase den Autoren die Möglichkeit gegeben, eine erste Replik auf das Statement des Gesprächspartners zu schreiben. Daran schloss sich eine zweite Möglichkeit zur Replik an.

Diese Streitgespräche fügen sich in die einzelnen thematischen Abschnitte ein und veranschaulichen Teile von Kontroversen, wie sie mit gegensätzlichen Zugängen und Sichtweisen derzeit auch in unserer

Gesellschaft zu finden sind. Sie thematisieren die Rolle von Politik und Kirchen als geforderte Akteure in einer Einwanderungsgesellschaft (Abschnitt „Flucht gestalten?“), die Rolle von Bildung und Bildungseinrichtungen bei der Integration sowie unterschiedliche Sichtweisen bei der Bewertungen von Zuwanderung generell (Abschnitt „Gelingende Integration?“) und betrachten Migration als Irritation von Identität und fragen nach den Bedingungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt (im Abschnitt „Gesellschaftlicher Zusammenhalt?“).

6 SCHLUSSWORT UND DANK

Am Ende des Bandes stellen die Herausgeberinnen und Herausgeber sich die Frage, warum die philosophischen und sozialetischen Erkenntnisse zur Bestimmung von Hilfspflichten gegenüber Flüchtlingen vielfach wenig Resonanz im politischen Handeln finden. In ihrer Analyse fokussieren sie zwei Problemfelder: Als erstes wird herausgearbeitet, dass die notwendige Legitimation nationalstaatlicher Politik durch die Staatsbürger und Staatsbürgerinnen nur sehr eingeschränkt fähig ist, legitime Interessen jenseits des eigenen Landes einzubeziehen. Dies ist besonders dann ethisch defizitär, wenn sich die Folgen der nationalstaatlichen Politik in anderen Ländern negativ auswirken. Zweitens wird diagnostiziert, dass nationalstaatlich gefasste Demokratien zu wenig Anreize setzen, ihre eigenen *langfristigen* Interessen zu verfolgen. Nach einer ethischen Reflexion über die Grenzen des Könnens in komplexen Gemengelagen (Abstimmung in der EU, demokratische Legitimation) entwickeln die Herausgeberinnen und Herausgeber jenseits der beiden Extreme, das ethisch Vorrangige trotz Unerreichbarkeit einzufordern oder die Verpflichtung mangels Könnens aufzugeben, eine dritte Option. Nach dieser verlagert sich in politisch festgefahrenen Konstellationen die Verantwortung auf andere Akteure, um „Politik möglich zu machen“. Impulse sowohl für politische Akteure und Institutionen als auch für die Handlungsmöglichkeiten der Kirchen angesichts dieser Problemkonstellationen konkretisieren diese Überlegungen.

Finanzielle (und ideelle) Unterstützung der Publikation dieses Bandes erfuhren die Herausgeberinnen und Herausgeber durch den *Verein der Freunde und Förderer der Kommende e. V.* in Dortmund, durch das *Oswald von Nell-Breuning-Institut* in Frankfurt am Main, durch die *Internationale Vereinigung der deutschsprachigen Moralthologen und Sozial-*

ethiker, durch die *Bistümer Mainz und Hildesheim* und durch den *Verband der Diözesen Deutschlands*. Ihnen gilt unser besonderer Dank.

Für ihre freundliche und bei den letzten Textbearbeitungen notwendige Unterstützung bedanken wir uns außerdem herzlich bei Kerstin Lison, Lioba Hey und Christine Thiel.

Prisca Patenge für das Herausgeberteam

Literatur

Heße, Stefan, *Kein Grund zur Schreckstarre*, in: Herder Korrespondenz 3/2017, 6.

Polak, Regina, *Flucht und Migration als Chance?*, in: Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft (ZMR) 3-4/2015, 202-212.

Maalouf, Amin, *Die Auflösung der Weltordnungen*, Berlin 2010.

Orth, Stefan, *Islamisch-Christlicher Dialog: Migration aus theologischer Perspektive*, Herder Korrespondenz 4/2017, 11-12.